






Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

12.09.03

Für eine echte Gemeindefinanzreform produktiv zusammenarbeiten

„Dissonanzen und Rosstäuscherei“ sieht der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete bei den Äußerungen und Planungen von CDU/CSU und FDP zur Gemeindefinanzreform. Rossmann: „Während sich maßgebliche Kräfte der CDU in aller Deutlichkeit für die Abschaffung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen aussprechen, möchte die CSU das genaue Gegenteil, nämlich die Gewerbesteuer durch eine Umlagereduzierung für die Kommunen erhöhen. Andere Kräfte der CDU/CSU kündigen an, daß eine wirkliche Gemeindefinanzreform erst in einem Gesamtkonzept im Jahr 2005 beraten werden soll.“ Der SPD-Politiker fordert von der CDU deshalb endlich eine klare Aussage, in welche Richtung sie die Gewerbesteuer für die Zukunft weiterentwickeln will. Rossmann: „Aus den Reihen der CDU werden ständig neue Wünsche an die zukünftigen Gemeindefinanzen gerichtet, die sich widersprechen und durch eine Reform gar nicht eingelöst werden können. Das erhöht nur das finanzpo

litische Chaos auf Seiten der Konservativen und führt systematisch zu einer Entwertung der Gewerbesteuer.“ Für den Sozialdemokraten bleibt vorrangig, daß es auch in Zukunft eine Gewerbesteuer als Verbindungsglied zwischen den Kommunen und den ortsansässigen Betrieben und Unternehmen geben soll. Für wichtig hält der Abgeordnete auch, dass es zu einer Verbreiterung der Bemessungsgrundlage kommt, damit die Kalkulierbarkeit für die kommunalen Finanzen zunimmt. Rossmann: „Eine Möglichkeit kann hier die Einbeziehung der Freiberufler sein, wie es auch von der Kommission zur Gemeindefinanzreform vorgeschlagen worden ist.“ Auch müssen Maßnahmen nach Auffassung des Abgeordneten getroffen werden gegen die Verschiebung von Erträgen an der Steuer vorbei durch Umwandlung in Zinsen, Mieten, Pachten und Leasinggebühren, wenn sie an eigene Firmen an steuerbegünstigten Standorten gezahlt werden. Rossmann: „Das Tricksen mit fingierten Kosten im eigenen Unternehmensverbund muss der Vergangenheit angehören.“ Auch wendet sich der Abgeordnete gegen eine Senkung der Messzahl für Kapitalgesellschaften von 5% auf 3%. Rossmann: „Die Kapitalgesellschaften und Körperschaften sind bei der Unternehmenssteuerreform schon wirklich stark entlastet worden.“ In diesem Punkt unterscheidet sich der Abgeordnete auch von den bisherigen Vorschlägen, wie sie von der Regierung ins Parlament eingebracht worden sind. Allerdings hatte die SPD-Bundestagsfraktion nach einer sehr kritischen Diskussion der bisher vorliegenden Vorschläge bereits deutlich gemacht, dass im Interesse einer Verstärkung der kommunalen Finanzen

und einer Stärkung der Finanzkraft insgesamt die Parlamentsfraktionen noch deutliche Änderungen in die Beratungen des Bundestages und mit dem Bundesrat zusammen einbringen wollen. Positiv wertet der Abgeordnete dabei, dass eine Verstetigung der kommunalen Finanzen auch im Konzept der Regierung über eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Mehrwertsteuer bereits vorgesehen ist.

Rossmann: „Am Ende wird entscheidend sein, dass Bundestag und Bundesrat sich in der Politik für die Kommunen zusammenraufen und es wirklich zu einer Erneuerung der Gewerbesteuer kommt.“